

# Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenblatt 16 Rpf., die 19 mm breite mm-Zeile im Tagblatt 1,10 RM. Inhalt nach Tarif B. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühr für Zusatzenanzeigen 30 Rpf. auschl. Porto. Für Einsetzung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einchl. Trägerlohn monatlich. Postbezug monatlich 2,00 RM. einchl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Postadresse: Dresden-N. 1, Postfach - Fernruf: Ostberliner Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981-27983 - Teleg.: Neueste Dresden - Berliner Schriftleitung: Viktorstr. 14; Fernruf: Kurfürst 9361-9366  
Postfach: Dresden 2060 - Nichterlangte Einsendungen ohne Rücksicht werden wieder zurückgeschickt nach aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 96 / 43. Jahrgang

Mit der Beilage „Technische Umschau“

Donnerstag, 25. April 1935

## Die Warnung an Litauen

Neue italienische Presseangriffe gegen Albanien - Flugzeugstaffel „Kryffhäuser“ - Unterzeichnung der neuen polnischen Verfassung

### London zum Schritt in Rom

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 24. April

Die am Karfreitag von der englischen Regierung gemeinsam mit Frankreich und Italien in Rom überreichte Note über das Memelland wird in der englischen Presse hart beachtet. Obwohl die Note bisher noch nicht veröffentlicht ist, besteht der Eindruck, daß sie in scharfen Wendungen abgefaßt ist. Die Mächte verlangen klar und eindeutig, daß Litauen im Memelgebiet eine verfassungsmäßige Regierung wieder herstellt, und läßt es daran die weitere Erklärung, daß, wenn jetzt auch diese Warnung von Litauen nicht beachtet werde, weitere Schritte unternommen würden. Diese gemeinsame englisch-französisch-italienische Note entspringt einer

englischen Initiative.

Die wieder ihren Grund in Sir John Simon's Botschaften mit Hitler hatte. Wie erinnertlich wurde während der deutsch-englischen Besprechungen das Romverbot Urteil gefällt. Wie die englischen Pressestimmen über die damalige Unterredung deutlich erkennen lassen, haben die nachfolgenden Vorstellungen des Führers auf Sir John Simon einen tiefen Eindruck gemacht. Auf der Konferenz von Stresa ist, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mitteilen weiß, dann der gemeinsame englisch-französisch-italienische Schritt beschloßen worden. Man sei in Stresa der Ansicht gewesen, daß „auf beiden Seiten Fehler begangen“ worden seien, aber daß Litauen doch der größere Sünder sei und

Deutschland einen rechtmäßigen Grund zur Beforgnis habe.

Aus der Art und Weise, wie die heutigen Londoner Morgenblätter über diesen gemeinsamen Schritt in Rom berichten, läßt sich deutlich erkennen, daß die englische öffentliche Meinung scharf gegen Litauen gerichtet ist. In den Überschriften sprechen die Zeitungen von einer Warnung der Mächte an Litauen, und der arbeiterparteiliche „Daily Herald“ spricht sogar davon, daß die Note „rechtlich grob“ sei. Zur Unterbrechung ihrer Forderungen bringen die englischen Blätter einen kurzen und im wesentlichen objektiven Bericht über die Entwicklung der Memelfrage. Allgemein wird anerkannt, daß Litauen die ihm im Memelgebiet auferlegten

Beschränkungen keineswegs erfüllt

hat. So sei insbesondere die Gleichberechtigung der Deutschen durch Unterdrückungsmaßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung verletzt worden. „Am das Völker Direktorium im Amt zu halten, sind Anhaltspunkte ausgemacht worden, die den Abichten des Memelstaats aus laßliche widersprechen“, schreibt der „Daily Telegraph“. Es steht zu erwarten, daß die Note in aller nächster Zeit veröffentlicht wird. Von Litauen ist bisher eine Antwort noch nicht überreicht worden. Wie es heißt, soll sie aber bereits fertiggestellt sein.

### Die Verhandlungen Paris-Moskau

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 24. April

Die Agentur Havas veröffentlicht heute eine offizielle angelegene Mitteilung über die französisch-russischen Verhandlungen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Verhandlungen zwischen Paris und Moskau sind während der Osterferien diätet, aber, wie es scheint, wirksam auf dem südlichen Kanalfeld fortgesetzt worden. Die pessimistischen Nachrichten der letzten Tage sind daher ohne ernsthafte Grundlage. Wenn, wie man in Paris zuversichtlich hofft, die Verhandlungen morgen oder übermorgen zum Abschluß kommen, könnte der Vertrag bis Ende der Woche von Vaval und Potemkin paraphiert und dann bei der Reihe des französischen Außenministers nach Moskau endgültig unterzeichnet werden.“

Wie der „Matin“ heute wissen will, ist es der französischen Regierung gelungen, „dank der Achtsamkeit, mit der sie ihren Standpunkt vertrat“, die Russen zum Einlenken zu bewegen. Die französische Seite hinsichtlich der

Ablehnung der automatischen Hilfeleistung

hatte gelangt. Näheres über die neue Fassung des Abkommens und die Art seines Einbaus in die Völkervereinigung wird allerdings nicht verraten. Der „Journal“ ergänzt diese Meldung durch die Nachricht, daß auch eine Einigung über die Einstellung der kommunistischen Propaganda in Frankreich und in den französischen Kolonien erfolgt sei. Nach dem „Petit Journal“ ist im letzten Augenblick noch eine neue Schwierigkeit aufgetaucht, nämlich die der russischen Vorkriegsschulden. Die französische Regierung sei davon unterrichtet worden, daß die Sowjetregierung während des Besuchs Gens in Moskau den Engländern eine Teilrückzahlung der Vorkriegsschulden angeboten habe. Sie hätten sich bereit erklärt, ein Zehntel der Gesamtsumme der Vorkriegsschulden in zinslosen Jahresraten über zwanzig Jahre hinweg abzutragen. Natürlich konnte Frankreich nicht zulassen, daß es hinsichtlich der Schuldenszahlung schlechter gestellt würde als England, zumal England vorläufig nicht daran denke, irgendeinen politischen Vertrag mit Moskau abzuschließen. Infolgedessen müßten die finanziellen Angelegenheiten Moskaus an Frankreich wesentlich früher sein. Ein Durchbruch durch die Pariser Presse zeigt, daß man in den Kreisen der Regierung imbezogen auf das Tempo der Verhand-

lungen mit Moskau wie auch über die Grenzen des Entschensommens an die Russen nicht überall einer Meinung ist.

Standin und Gervais wollen Reichsregierung, Vaval ist vorläufiger.

So erklärt z. B. heute die „Ere Nouvelle“, das Blatt Gervais, mit deutlicher Spitze gegen Vaval, daß die Außenverhandlungen „durch falsche Manöver, durch unüberhörbares Lögen und vielleicht auch aus Gründen verletzter Eigenliebe unendlich verzögert werden“ seien. Das „Centimes-Aktions“, wie die „Ere Nouvelle“ den Außenminister nennt, läßt schon längst zu ahnen kommen müssen, daß ja auch die Tschewalowa sei, die die gleichen diplomatischen und juristischen Maßnahmen zu beobachten habe wie Frankreich, sich schon längst mit Moskau geeinigt habe. In anderen Blättern mahnen dagegen die Bedenken gegen jede allzu hastige Handlung in der russischen Frage.

### Die Stimmung in England

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 24. April

Der englische Premierminister Macdonald hat seinen Oberhaus überreichend bewandt und in nach London gekommen. Ursprünglich war vorzusehen, daß Macdonald mindestens noch bis Ende der Woche von London fernbleiben sollte. Ein Grund für diese überraschende Rückkehr wird nicht angegeben. In außenpolitischer Hinsicht ist die Kritik an Macdonald und Sir John Simon noch immer hart. Bezeichnend für die Stimmung sind heute morgen veröffentlichte Zuschriften an die „Times“, die sich gegen das Gensler Tadelwort und die dabei von der englischen Regierung eingenommene Haltung ausdrücken. Besonders beachtenswert ist ein Brief von Lord Curzon. Er war Mitglied des letzten Arbeiterkabinetts. Wie könne man annehmen, so fragt der Lord, daß die Hebel des Verfallens vertanzen werden und durch einen freundschaftlichen Geist der Verhandlung erreicht werden, nachdem man eine derartige Entschiedenheit in dem annehmenden habe? Die Gensler Entschiedenheit und besonders die dabei annehmenden Methoden könnten weder mit dem Geist des Friedens, noch mit dem Hauptzweck des Völkerverbundes, eine neue Epoche des Friedens und der Gerechtigkeit an die Stelle der rohen Methoden von Krieg und Gewalt einzuführen, in Einklang gebracht werden.

## „So geht es nicht weiter“

Raganowitsch über die Miswirtschaft auf den Sowjetbahnen

X. Moskau, 24. April

Die amtliche sowjetrussische Telegrammagentur veröffentlicht jetzt den Wortlaut der grundsätzlichen Ausführungen, die der Verkehrsminister Raganowitsch vor einiger Zeit auf der Arbeitskonferenz der politischen und Wirtschaftsabteilungen des Eisenbahn-Transportwesens und auf der großen Sonderkonferenz der Eisenbahnfunktionäre in Anwesenheit von Stalin und sämtlicher Volkskommissare gehalten hat, und in denen er

die Miswirtschaft auf den Eisenbahnen der Sowjetunion scharf geißelt.

Ausgehend von der ersten Mahnung Stalins auf dem 17. Parteitag, daß „das Transportwesen in der Sowjetunion einen schmalen Pfad bilde, auf dem die Sowjetwirtschaft und vor allem der gesamte Warenverkehr bereits zu stolpern begonnen habe“, heilte der Verkehrsminister fest, daß bedauerlicherweise die Eisenbahner diese Worte nicht beherzigt und den Ernst der Lage bisher noch keineswegs begriffen hätten. Von jetzt an, so sagte Raganowitsch, müssen wir einen Schritt unter das Geschwätz ziehen und das nicht nur auf dem Papier, sondern in der praktischen Arbeit. Wir müssen verstehen, daß die Arbeit auf den Sowjetbahnen so, wie sie bis jetzt gehandhabt wird,

unter keinen Umständen weitergehen kann.

Eine fühlbare Wenderung im Kampf gegen die andauernden Eisenbahnkatastrophen ist noch nicht eingetreten. Von jetzt an wird den Präsidenten der Eisenbahndirektionen zur unbedingten Pflicht gemacht, daß bei Eisenbahnunfällen sofort an die Unfallstelle zu gehen, um die Untersuchung der Ursachen persönlich zu leiten und sich nicht nur mit rein bürokratisch abgefaßten Berichten zu begnügen. Auch muß jeder der höheren Eisenbahnbeamten selbst imstande sein, einen Hilfsplan an die Unfallstelle zu führen.

Strenge Bestrafung

strenge Bestrafung denjenigen an, die etwa aus Furcht vor Bestrafung das Bekanntwerden von Eisenbahnunfällen verheimlichen. In noch höherem Maße als die Haupt- und Nebenbahnen des Verkehrsministerbüros befinden sich, wie Raganowitsch hervorhob, die Anschlussbahnen der Industriebezirke. Auf diesen dem Volks-

kommissariat für Schwerindustrie unterstehenden Industriebahnen wurde eine unbeschreibliche Miswirtschaft festgestellt und der Volkskommissar Ordzhonikidse aufgefordert, hier endlich Ordnung zu schaffen. Täglich, so sagte Raganowitsch zum Schluß seiner ausdauernden Ausführungen, erhalte das Verkehrsministeramt unzählige Meldungen vom

Ueberfahren der Haltsignale.

Jedem Lokomotivführer müsse eine unbedingte Achtung vor den Signalen eingeprägt werden. Unter keinen Umständen sei es zulässig, daß der Lokomotivführer zu diskutieren beginne und dann eigenmächtig beschließen, das Haltsignal zu überfahren, weil er vielleicht von der von einigen Stationen geübten Unsitte Kenntnis habe, das Haltsignal zu überfahren, damit das Bahnpersonal geruhiger arbeiten könne.

### Räuberbanden in Rußland

Vier neue Todesurteile in Moskau vollstreckt

X. Moskau, 24. April

Von dem Moskauer Sondergericht wurden wiederum zwei Räuberbanden abgeurteilt, die die Umgebung der Stadt in Schrecken versetzt hatten. Die eine Bande, die von dem berühmten Banditen Borodulin angeführt wurde, hatte in einem Moskauer Vorort einen Arbeiterklub überfallen, in dem eine technische Konferenz abgehalten wurde. Zwei am Eingang aufgestellte Kontrolloren wurden von den Banditen mit Dolchmessern bearbeitet und schwer verletzt. Von den zu Hilfe eilenden Arbeitern wurde einer durch Messerhiebe auf der Stelle getötet, drei weitere, darunter ein Schwabmann, schwer verletzt. Der Bandenanführer Borodulin wurde zum Tode durch Erschießen, seine Helfershelfer zu fünf bis zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Dem zweiten Prozeß lag ein Überfall in Perowo im Bezirk Moskau zugrunde, wo eine dreiföpfige Bande in der Wälder von Kriminalbeamten in eine Wohnung eingedrungen war. Die Banditen konnten, nachdem sie die Wohnung ausgeplündert hatten, zunächst entkommen, wurden aber später verhaftet. Alle drei Räuber wurden jetzt zum Tode durch Erschießen verurteilt. Sämtliche Todesurteile sind bereits vollstreckt worden.

### Sonderbare Erläuterungen zum Donaupakt

Zur Reise des Fürsten Starhemberg nach Rom bemerkt die NSZ:

Die italienische Regierung hat anlässlich des feierlichen Besuchs des französischen Außenministers Vaval in Rom vor wenigen Monaten den Plan eines Donaupaktes in die politische Debatte geworfen. Dieser Plan hat, wie es damals hieß, die Aufgabe, die Nachbar- und Nachfolgenden Oesterreichs in einem Abkommen zu verpflichten, die gegenseitige Achtung der Grenzen und die Nichtverletzung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs zu gewährleisten. Auch im Schlusskommuniqué von Stresa ist der Plan solcher Vereinbarungen erneut unterstrichen worden.

Die Reise, die Fürst Starhemberg dieser Tage nach Rom unternommen hat, gibt nach den Mitteilungen, die über ihren Zweck durchgelikert sind, nunmehr dem Problem des angebotenen Donaupaktes eine Entschärfung, die der Beachtung aller Staaten, die an der Frage beteiligt sind, wert ist.

In der gleichen Zeit, in der man sich Italiensherfeld darum bemüht hat, Oesterreich volle innere Selbstständigkeit, die von Deutschland nie angetastet wurde, zu dokumentieren, werden von Wien aus Sendboten nach Rom geschickt, um dort über rein innerösterreichische Fragen zu debattieren. Es ist nichts davon bekannt geworden, daß Fürst Starhemberg in Rom einen Hinweis auf die Nichteinmischung Italiens um die innere Angelegenheit des österreichischen Staates erhalten habe. Die im Mai zu erwartende Donaufunktion hat mit diesen Vorgängen ein sonderbares Vorpiel

und die Donaupaktpläne eine zwar nicht überraschende, aber doch in ihrer Offenheit peinliche Erläuterung erfahren.

### Neue Garnisonen in Oberösterreich

X. Wien, 24. April

In Oberösterreich sollen nach Mitteilungen der Landesregierung fünf neue Garnisonen errichtet und sechs neue Kasernen, und zwar in Braunau am Inn, Schärding, Ried, Freistadt, Gmunden und Joch, gebaut werden.

### Viele Todesopfer des Erdbebens in Iran

X. Paris, 24. April

Zu dem Erdbebenunglück in der Provinz Mazandaran in Iran wird aus Teheran gemeldet, daß die Zahl der Toten bereits 350 überschritten habe und daß unter den Trümmern der zerstörten Städte und Dörfer noch Hunderte von Opfern begraben seien. In der Provinzhauptstadt Sari sowie in drei andern Orten hätten die Erdbeben ganze Straßenzüge in ein Trümmerfeld verwandelt. Am Dienstagabend hätten neue Erdbeben die Bewohner von Mazandaran hart heimgesucht. Unter Leitung des Hochkommissars wurde eine Hilfsexpedition ausgesandt, die Nahrungsmittel, Kleider und Verbandstoffe in das Unglücksgebiet bringen soll. (Siehe auch die Meldung auf Seite 10.)